

AUSSPRACHE

Paradoxien des wirtschaftlichen Wachstums

Man kann dem Aufsatz von Dr. *Kasnacich-Schmid* im Maiheft die Anerkennung für die Aufdeckung der „Paradoxien des Wachstums“ nicht versagen, aber der kritische Leser vermißt eine klare Herausstellung der Ursachen dieser Paradoxie. Die von dem Verfasser angeführte „Kluft zwischen der Produktionskapazität und der Einkommenskapazität“ entsteht doch nicht von ungefähr, sondern hat ihre eindeutige Ursache in dem der kapitalistischen Produktion zugeordneten Verteilungsprozeß. Dr. Kasnacich-Schmid hebt mit Recht hervor, daß die Produktionsfaktoren Boden und Arbeit quantitativ verhältnismäßig unvermehrbar seien, so daß das Wachstum der Wirtschaft also lediglich in einer ständigen Steigerung des Faktors Kapital zum Ausdruck kommen kann. Den ökonomischen Gesetzen nach müßte sich an

diese Feststellung logischerweise die Forderung anschließen, daß auf Grund der ständig zunehmenden relativen Seltenheit des Faktors Arbeit diesem auch eine relativ größere Entlohnung zufallen müsse. Leider wird diese Konsequenz aber von Dr. Kasnacich-Schmid nicht gezogen.

Man hat überhaupt etwas den Eindruck, daß der Verfasser die anfangs getroffene Feststellung, daß „Wachstum allein noch nicht größere Glückseligkeit oder größere Wohlfahrt“ bedeute, im weiteren Verlauf seiner Ausführungen nicht mehr genügend beachtet. Es kann aber nicht genug betont werden, daß die Erstellung größerer und leistungsfähigerer Produktionsanlagen und damit die Erzeugung eines größeren „Güterhaufens“ sinnlos bleiben, wenn

1. die Zusammensetzung des erzeugten Sozialprodukts nicht den Wünschen der Konsumenten entspricht und
2. die Konsumentenkaufkraft zur Abnahme der erzeugten Güter nicht ausreicht.

Die Ursache der Störungen des kapitalistischen Wachstumsprozesses liegt ja gerade in dem

Zurückbleiben der kaufkräftigen Nachfrage hinter dem Güterangebot.

Ein störungsfreies Wachstum der Wirtschaft ist nur zu erwarten, wenn die enge Verzahnung des Produktionsprozesses mit dem Verteilungsvorgang genügend beachtet wird. Die Verteilung der Einkommen bestimmt u. a. auch die *Richtung* der Produktion, und eine ungleichmäßige Verteilung wirkt progressiv auf eine disproportionale Entwicklung der Produktion hin. Nur wenn die Massenkaufkraft entsprechend der durch die Zunahme des Faktors Kapital entstehenden Massenproduktion wächst, erscheint ein gleichmäßiges Wachstum industrialisierter Volkswirtschaften möglich. Und auch *nur* dann bedeutet wirtschaftliches Wachstum gleichzeitig größere Wohlfahrt. Das marktwirtschaftliche System neigt freilich dazu, diesen Zusammenhang zu ignorieren. In schöner Regelmäßigkeit bleiben im konjunkturellen Aufschwung die Löhne hinter den Preisen und Profiten zurück. Hier kann nur eine harte und aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften Abhilfe schaffen und damit gleichzeitig das Einkommensniveau der Arbeitnehmer und das konjunkturelle Wachstum sichern. *Ilse Trautwein*

Ist „Volkskapitalismus“ möglich?¹⁾

Ist zwischen den beiden Formen des Kapitalismus, die sich in West und Ost einander gegenüberstehen, ein Mittelding: „Volkskapitalismus“ möglich? Hier Privatkapitalismus, dort Staatskapitalismus: Kapital und Arbeit sind die Bestandteile beider Systeme. Durch Kapital und Arbeit entsteht in beiden Systemen das Sozialprodukt. An diesem Sozialprodukt sollen die Inhaber des Kapitals und die Arbeiter beteiligt sein, die Arbeiter nicht nur durch den Lohn bzw. das Gehalt. Da die Arbeiter in der weit überwiegenden Mehrzahl sind, haben sie ein Recht, unzufrieden zu sein, wenn sie bei wirtschaftlichem Aufstieg an dem lohnabhängigen Gewinn nicht, beteiligt sind. Das gilt sowohl für Aktiengesellschaften wie für andere Unternehmensformen. Wird der Gewinn nicht ganz ausgeschüttet, sondern investiert, so fragt es sich, wie — wenn nach Lage des Unternehmens überhaupt — die Arbeiter (und welche?) an dem Investitionsgewinn beteiligt werden können. Hier bietet sich Erhöhung des Aktienkapitals und Ausgabe von Aktien an die Arbeiter des Unternehmens an, wenn es sich eben um eine Aktiengesellschaft handelt. Dafür ist eine besondere Organisation der Arbeiterschaft des Unternehmens notwendig, die diese Arbeiteraktien verwaltet. Auf diese Weise ist ein sozialer Ausgleich bei Aktiengesellschaften möglich.

Diese ganz natürliche und soziale Denkweise hat aber mit „Reprivatisierung“ nichts zu tun. Reprivatisierung kann in doppelter Weise gedacht werden, entweder Umwandlung des Kapitals öffentlicher Machtträger in Privatkapital oder Umwandlung des Kapitals privater

„Machtträger“ (vielfach Konzerne) durch Hingabe des Privatkapitals in „viele Hände“. Das aber ist ein durchaus künstlicher Vorgang, der der natürlichen Entwicklung entgegengesetzt ist und dessen Folgen nicht vorauszusehen sind. Will man auf diese Weise eine „Streuung des Eigentums“ erreichen, so muß man entweder „enteignen und verteilen“ oder an viele verkaufen und entsprechend viele Käufer finden, die den Kaufpreis bezahlen. Wozu aber? Wer redlich bezahlen will, muß Geld haben oder sich beschaffen können. Er muß also insoweit „Kapitalist“ sein. Er kann es nicht aus nichts werden. Wenn er aber Geld hat, um sich z. B. Aktien zu kaufen, so kann er dies jederzeit durch Bank und Börse tun, ohne daß „reprivatisiert“ wird.

Daher kommt der Verfasser des hier angesprochenen Artikels auf den grandiosen Gedanken, zum Beispiel die Bundesbahn als Gemeineigentum zu betrachten, hier also „sämtlichen Bürgern der Bundesrepublik zu gleichen Teilen gehörig“. Daher bekommt jeder „seinen“ Anteil umsonst! Schöne arme Bundesbahn, was soll aus dir werden, wenn deine angeblichen 30 Md. D-Mark Eigenwert in 50 Millionen mal 600 DM Einzelaktien aufgeteilt und an die „natürlichen Anteilseigner“ unentgeltlich vergeben werden! Dann bist du der Spielball von 50 Millionen „Aktionären“, die in dir eine „Erwerbsgesellschaft“ sehen, von der sie natürlich kolossale Gewinne als „echte Kapitalisten“ erwarten. Das Unhaltbare des Gedankens liegt auf der Hand, so daß von der weiteren Manipulations-„Technik“ gar nicht mehr zu reden ist.

Also so geht es nimmer. Volksaktien und „Volkskapitalismus“ um jeden Preis kann es nicht geben. Es besteht danach nicht der geringste Bedarf. Wer sparen will, kann heute so gut wie früher sparen mit dem Ziel, z. B. selbstständig zu werden oder sich ein Häuschen zu bauen. Ihm für Sparen (oder wie es heute so schön heißt: „Konsumverzicht“) Prämien zu geben, ist billig und recht und vernünftig. Unsere Bundesbahn verschenken aber ist unvernünftig, völlig sinnlos!

Glücklicherweise haben wir aber auch für Arbeiter (einschl. der Angestellten) eine segensreiche Sozialversicherung, so daß auch diejenigen von ihnen, die nicht sparen können oder sparen wollen, für die Zukunft und ihre Gefahren bestmöglich gesichert sind oder noch besser gesichert werden sollen, mehr als die Selbständigen, denen dies zum Selbstkönnen und zum Selbstentschluß überlassen bleibt. Daher ist auch der Vergleich mit den Armen der Industrialisierung aus ihren Anfängen nicht am Platz. Wichtig für alle ist die Erhaltung des Friedens. Wenn dies gelingt, wird für „Volkskapitalismus“ sozusagen von selbst gesorgt sein.

Otto Maercks

1) Erwiderung auf den Diskussionsbeitrag von Dr. Horst Rheinfels im Maiheft der GM.